

Wissensarbeit und Hochschulpolitik

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Max Reinhardt und Stefan Stache



Foto: © Osterland - fotolia.com

Die zunehmende Unsicherheit und Prekarisierung des akademischen Mittelbaus machen diese Ausgabe mehr als notwendig. Ja mehr noch: Im Grunde gibt es keinen akademischen Mittelbau mehr, wie es ihn noch in den 1970er Jahren gab; mit langfristiger Perspektive auch jenseits der Professur bspw. durch die damals neu geschaffenen Stellen der Akademischen Räte. Der akademische Mittelbau war damals, trotz aller damals schon vorhandenen Barrieren, im Aufbruch und eine nicht unerhebliche Fraktion des akademischen Mittelbaus war ein Hort kritischen Denkens geworden, insbesondere möglich geworden durch den Aus- und Aufbau kritischer Fakultäten wie an der Universität Hannover (dazu siehe z.B. Vester 1989).

Von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität und zurück?

Der Mittelbau profitierte seit den 1960er Jahren von der zunehmenden Hochschulfinanzierung. Die alte Ordinarienuniversität wurde zusehends in Frage gestellt. Sie entsprach nicht mehr modernen Arbeitsbedingungen, sondern war noch dem antidemokratischen, restaurativen Geist vergangener Jahrzehnte verhaftet, bis hin zur personellen Kontinuität aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Der sozialdemokratische Zeitgeist hingegen stand auf Reformen für mehr Teilhabe und Mitbestimmung aller Gruppen. Die

Gruppenuniversität löste die alte Ordinari- enuniversität ab (zu den Reformen und zum Wandel siehe z.B. Vester 1989; siehe auch Demirović 2015).

Dennoch war auch schon damals der aka- demische Mittelbau unterfinanziert und keineswegs eine geschlossene „Klassenfor- mation“. Er war schon damals in unterschied- liche Fraktionen gespalten: eher konservativ Denkende, eher konformistisch-karrieristisch Eingestellte und eher Kritische. Dennoch war es damals in Zeiten der wissenschaftlichen (für kritische Wissenschaften), sozialen (für Arbeiter und Frauen) und strukturellen Öff- nung für mehr Mitbestimmung (Vester 1989, S. 151) noch einfacher, sich zu organisieren und zu positionieren, auch weil gesetzliche Möglichkeiten dazu geschaffen worden wa- ren, paritätische Mitbestimmung zu prak- tizieren.¹ Schon 1973 wurde allerdings das niedersächsische Vorschaltgesetz vom Bun- desverfassungsgericht für verfassungswidrig eingestuft, weil die Professoren in ihrer wis- senschaftlichen Freiheit im Falle paritätischer Mitbestimmung gefährdet seien. Der Ge- genwind aber nahm nach diesem Urteil wei- ter zu, auch um gerade die kritischen Nach- wuchswissenschaftler auszubremsten:

„Nicht zu fällig hat die Schmidtsche Hoch- schul-Gegenreform von 1975 nicht allein die alte Mehrheit unter den Professoren maß- gebend gemacht, sondern auch die Assis- tentenschaft aufgespalten und dezimiert. Dies hat, zusammen mit den umfassenden Streichungen der Nachwuchsstellen wegen angeblich sinkender Studentenzahlen, einen enormen Flurschaden angerichtet, die re- formwilligen Nachwuchswissenschaftler demoralisiert, entpolitisiert und übrigens auch der SPD entfreundet. Es gibt heute (1989) an der Universität nur wenige, die es für lohnend

halten, Mitbestimmung und eine Wieder- aufnahme der Reformen zu fordern“ (Vester 1989, S. 167).

Daran hat sich auch über 25 Jahre später wenig geändert. Ja mehr noch: In den letzten Jahrzehnten hat die Befristung der Arbeits- verhältnisse im akademischen Mittelbau drastisch zugenommen, auf über 90 Prozent, auch durch die enorme Zunahme von Dritt- mittelstellen (siehe Lange-Vester sowie zu den Arbeitsbedingungen siehe auch Keller oder Meyer-Lauber in diesem Heft).

Es steht also schlecht um den akade- mischen Mittelbau, die einst so „stolze“ Schmiede kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Mittlerweile jedoch wer- den nicht nur die Wirtschaftswissenschaftle- rInnen mehrheitlich neoliberal geschult, son- dern der akademische Mittelbau insgesamt wird im neoliberalen Geiste sozialisiert, näm- lich im Geiste des wissenschaftlichen Wett- bewerbs im Streben, selbst zur professoralen Elite zu gehören oder aber irgendwann aus dem Wissenschaftsbetrieb ausscheiden zu müssen (siehe auch Reff sowie Lange-Vester in diesem Heft).

Die Inkorporierung des Wettbewerbsge- dankens ebenso wie die Befristung von Ver- trägen teilweise sogar unter einem halben Jahr erschweren ein gemeinsames Bewusst- sein für die soziale Lage, eine Solidarisierung untereinander und eine gemeinsame Vertret- ung der eigenen Interessen.

Der Wissenschaftsbetrieb ist zu einer Schmiede neoliberaler Eliten geworden und die Ordinari- enuniversität ist nach Abschaf- fung der Gruppenuniversität zu Gunsten der Professorenmehrheit zurückgekehrt, zum Teil sogar abgelöst worden durch eine unter- nehmerische Hochschule mit weitgehenden präsidialen Befugnissen (siehe zum Beispiel Münch 2011; Demirović 2015). Es liegt heu- te an einzelnen Professorinnen und Profes-

¹ Ausführlich zur „Öffnung des sozialen Raums“ siehe Alfred Krowoza/ Thomas Leithäuser 1972 [1970]: Vorwort. In: Michael Vester: Die Entstehung des Proletariats. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848. Frankfurt a. M., S. 15; zum Begriff siehe Maurice Merleau- Ponty 1966: Phänomenologie der Wahrnehmung. Berlin, S. 506.

soren, die noch kritisches, autonomes Denken fördern. Zwar schließen sich Drittmittelförderung und kritische Wissenschaft nicht aus. Jedoch hatten sich viele kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon in den 1970er Jahren bewusst gegen eine Beteiligung an dem Mainstreamwettbewerb entschieden, was oftmals in einer Marginalisierung ihrer Position und zu einer psychologischen Resignation führte.

Die Implementierung der kapitalistischen Logik im Hochschulbetrieb

Richard Münch (2011, S. 379 f.) kritisiert, dass „der wissenschaftliche Kampf um die Wahrheit (...) in die Bahnen des ökonomischen Wettbewerbs um die Kapitalakkumulation universitärer oder außeruniversitärer Unternehmen gelenkt [wird], der unkontrolliert zur Errichtung von Oligopolstrukturen führt. Universitäten wandeln sich in diesem System des Kapitalismus von Förderern zu Parasiten der Forschung zwecks Kapitalakkumulation. (...) Die Erzeugung weniger Leuchttürme muss mit der Austrocknung und Verwüstung des gesamten Umfeldes bezahlt werden. Die Folge davon ist die Verlangsamung und Engführung der Wissensevolution.“

So fällt es dem Wissenschaftsbetrieb immer schwerer, die kapitalistische Logik zu kritisieren, denn er unterwirft sich ihr immer mehr. Die wissenschaftlichen Oligopole werden zum unumstrittenen Zentrum, dessen Werke zitiert werden müssen, um überhaupt noch mithalten zu können, wie Münch (ebd., S. 380) analysiert.

Immer noch wird soziale Ungleichheit reproduziert (siehe auch Lange-Vester in diesem Heft). Die Karrieren von Professorinnen und Professoren sind immer noch ungleich hinsichtlich der sozialen Herkunft und des Geschlechts:

„Zum einen zeigt sich an der Spitze der universitären Karrierehierarchie eine starke Konzentration von Personen sozioökonomisch privilegierter Herkunft. Zum anderen zeigen sich mit der starken Dominanz von männlichen Professoren ein Geschlechterbias sowie eine starke Konzentration von Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ (Möller 2015, S. 319).

Im Grunde sind damit die von Vester (1989, S. 151) beschriebenen drei Öffnungen (wissenschaftlich, sozial und strukturell) wieder zu Schließungen geworden.

Zeit für neue Reformen jenseits von Feudalismus und Neoliberalismus

Es wird Zeit, die unvollendete Reform der 1970er Jahre fortzuführen bzw. die Restauration anzugreifen. Der professorale Feudalismus führt zu Abhängigkeiten, die aufgebrochen werden müssen: durch eine Entfristung von Stellen und echte Qualifikationsstellen, die nicht nur dem Projektmanagement dienen.

Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs ist hoch produktiv und kritisch. Von ihm hängt auch ab, inwiefern sich alternative Diskurse durchsetzen können. Die Feudalisierung blockiert oder bremst das Denken in neuen Pfaden zunehmend. Hier muss dringend gegen gesteuert werden. Die Pfaddebatte braucht weiteren Rückenwind, denn Brandts „Mehr Demokratie wagen“ wurde nicht nur, aber doch sehr entscheidend getragen durch die jungen Protestbewegungen („Schüler-, Lehrlings- und Studentenbewegungen“ (Vester 1989, S. 157)).

Der zumindest partielle Pfadwechsel in den 1960er/70er Jahren machte sich auch bemerkbar im Ausbau der „Intelligenzberufe“, „je etwa zur Hälfte aus naturwissenschaftlich-technischen und aus humandienstleistenden Berufen (d.h. Lehr- und Gesundheits-

und Sozialberufe(n))“ (ebd., S. 161). Es sind heute gerade die sozialen Berufe, die trotz Abnahme bei den Semiprofessionen durch die Sparpolitik weiterhin von einer Prekariisierung gefährdet sind und die zwischen 1991 und 2011 bei den Professionen weniger zugenommen haben wie die Managementberufe und technischen Berufe, die im Vergleich auch besser bezahlt werden (Weber-Menges in Zusammenarbeit mit Vester 2014, S. 59).

Universitäre Reformen und Pfadwechsel hin zu einem Ausbau der sozialen Dienste wie in den skandinavischen Ländern (siehe Esping-Andersen 1998) bedingen einander, ebenso wie die Kritik an der kapitalistischen Entwicklung des Hochschulbetriebs. Die Modernisierung von Mentalitäten spricht dafür, dass das Potential dafür vorhanden ist (siehe zum Beispiel Vester 2015a). Auch die „68er“ waren nicht „per se“ kritisch, sondern wurden es erst durch gemeinsame Lernprozesse in

unterschiedlichen politischen Zusammenhängen (Schule, Hochschule, Arbeiterbewegung, Neue Linke) und die Erfahrungen im Umgang mit der autoritären Staatsmacht in West und Ost und sie waren auch nur eine aus mehreren Bündnispartnern bestehende Fraktion ihrer Generation, die ihren konservativen Opponenten auch in der eigenen Generation hatte (siehe zum Beispiel Vester 2015b).

Es wird Zeit für einen neuen Reformanlauf und für neue Reformbündnisse, auch damit sich insgesamt die Politik hin zu einem alternativen Pfad wie einer an Willy Brandts Reformpolitik anknüpfende und modernisierte „Solidarisch-nachhaltigen Gesellschaft in Freiheit“ (Reinhardt/Stache 2015) wandelt.

Die Beiträge im Heft

Heike Kahlert arbeitet die Zusammenhänge und Überschneidungen sowie das Spannungs-

 <p>WILA Bildungszentrum</p>	<p>Seminare, Kurse, Bildungsurlaube, Weiterbildungen</p>
<p>Berufliche, ökologische, soziale und kreative Themen</p> <p>WILA Bildungszentrum des Wissenschaftsladen Bonn Reuterstr. 157, 53113 Bonn Tel: 0228/ 20 16 1-66 www.wila-bildungszentrum.de</p>	
 <p>WILA Arbeitsmarkt</p>	
<p>Infodienst für Berufe in <i>Bildung, Kultur und Sozialwesen</i> Infodienst für Berufe in <i>Umwelt und Natur</i></p> <p>WILA Arbeitsmarkt www.wila-arbeitsmarkt.de Aboservice: 0228/ 20 16 1-15 aboservice@wilabonn.de</p>	

verhältnis zwischen Gender Mainstreaming und Genderforschung heraus. Erkenntnisse der Genderforschung trügen zur (Fort-)entwicklung und Implementation von Gender Mainstreaming bei, zielten jedoch nicht nur auf Gleichstellung und gleichstellungsbezogene Wissenschaften, sondern auf die gesamten Wissensbestände. Gender Mainstreaming wiederum leiste einen Beitrag zur Berücksichtigung der Dimension der Gleichstellung in den Inhalten von Wissenschaft, richte sich jedoch auch auf die Reformen in der Hochschulorganisation und die Förderung von Frauen. Sowohl die Genderforschung als auch Gender Mainstreaming spielten in den notwendigen Reformen in Hochschule und Forschung eine wichtige Rolle und müssten angemessen gefördert werden, so die Autorin.

Klaus Weber-Teuber beschreibt in seinem kritischen Essay die Möglichkeiten kritischen Forschens und Lehrens anhand seiner Biographie und seiner eigenen wissenschaftlichen Praxis und verdeutlicht anhand didaktischer Beispiele, wie kritisches Denken sich auf Augenhöhe zwischen Lehrenden und Lernenden entwickeln kann.

Andrea Lange-Vester analysiert die Entwicklung der Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Feld und deren Auswirkungen auf die berufliche Alltagspraxis der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Die Prekariisierung ihrer Stellen habe sich insbesondere seit dem letzten Jahrzehnt verschärft. Die politischen Rahmenbedingungen wie z.B. durch die Novelle des Hochschulrahmengesetzes im Jahre 2002 sowie der Exzellenzinitiative hätten Leistungsdruck durch unklare Zukunftsperspektiven und Konkurrenz vorangetrieben. Diese Logik sozialer Schließung betreffe zwar die meisten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, bevorteile aber dennoch eher die Beschäftigten mit einer privilegierten Herkunft. Letztere könnten sich durch mehr kulturelle und materielle Ressourcen besser in den Positionskämpfen des wissenschaftlichen Feldes

behaupten. Ein Teil der Beschäftigten sei eher solidarisch, ein anderer wiederum eher hierarchisch und an Karriereorientiert. Kollegiale und solidarische Einstellungen bzw. Ansprüche an die Arbeit, würden jedoch von den neoliberalen Feldbedingungen im Alltag ausgebremst.

Andreas Keller erläutert die Vorschläge der GEW zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Insbesondere die kritische Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung greife zentrale Punkte auf, wie z.B. die Mindestdauer von Befristungen oder die Berücksichtigung von Familienzeiten. Der Entwurf weise zum Teil in die richtige Richtung, da die Stellen für Daueraufgaben, die weder der wissenschaftlichen Qualifizierung dienen noch an Drittmittel gekoppelt sind, künftig unbefristet sein sollen. Allerdings müsste den Beschäftigten aus Sicht der Gewerkschaft mindestens die Hälfte der Arbeitszeit für ihre Dissertation oder Habilitation zur Verfügung stehen. Ob die Gesetzesnovelle im Ergebnis Verbesserungen erreiche, bleibe noch offen.

Maximilian Reff kritisiert aus der Sicht des Mittelbaus die durch Sparpolitik und Drittmittelfinanzierung bedingte prekäre Beschäftigung und die Behinderung kritischer Forschung, die er als German Exceptionalism und verordnete Konkurrenzwirtschaft charakterisiert. Er plädiert für eine Organisation der Arbeitsbedingungen durch die Beschäftigten selbst bzw. durch die Tarifparteien und entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen.

Andreas Meyer-Lauber analysiert das neue Hochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen aus der Perspektive des DGB. Einerseits seien einige Fortschritte erreicht worden, wie z.B. demokratische Eingriffsmöglichkeiten der Politik, die Ausweitung von Beteiligungsrechten an den Hochschulen, grundsätzliche Studiengebührenfreiheit, Abbau von Büro-

kratie beim Übergang von Bachelor- in einen Masterstudiengang sowie ein Kodex für Gute Arbeit. Andererseits bleibe die Gesetzesnovelle an zentralen Punkten unzureichend. So verfükten Rektorate und Hochschulräte nach wie vor über die weitreichendsten Rechte und die Kooperationen mit der Wirtschaft seien noch wenig transparent. Nach wie vor biete das Land zu wenig Masterstudienplätze an und es fehle ein Rechtsanspruch auf ein Masterstudium, das darüber hinaus auch als Weiterbildung für Berufstätige zugänglich sei. Die Hochschulbeschäftigten sind entgegen der Forderung des DGB keine Beschäftigten des Landes und die Durchsetzung des Kodex Gute Arbeit sei noch zu unverbindlich.

Abschließend skizziert *Ernst Dieter Rossman* die Möglichkeiten und Voraussetzungen wissenschaftlicher Weiterbildung unter mehreren Aspekten: der auskömmlichen Hochschulfinanzierung, adäquater Studiengangsstrukturen, Anreizen für Lehrende, einer spezifischen Förderung der Lernenden – etwa mittels wissenschaftspropädeutischer Angebote – sowie einer individuellen finanziellen Förderung, z.B. durch ein Erwachsenen-BaFöG. ■

Literaturverzeichnis

- Demirović, Alex 2015: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg.
- Esping-Andersen, Gösta 1998 [1993]: *Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*, In: Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt a.M./New York, S. 19-56.
- Möller, Christina 2015: *Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren*, Weinheim und Basel.
- Münch, Richard 2011: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin.
- Reinhardt, Max/Stache, Stefan 2015: *Aufschlag für ein Manifest für eine neue Sozialdemokratie und eine neue gesamtgesellschaftliche Linke in Deutschland und Europa:*

Solidarisch-nachhaltige Arbeitnehmergesellschaft in Freiheit“, In: *perspektiven ds* 1/2015, S. 25-39.

- Vester, Michael 1989: *Zwischen Wissenschaft und Politik. Peter von Oertzen und die „Fakultät der gefährlichen Möglichkeiten“ in Hannover*, In: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): *Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik*. Freundesgabe für Peter von Oertzen, Marburg, S. 150-167.
- Vester, Michael 2015a: *Die Grundmuster der alltäglichen Lebensführung und der Alltagskultur der sozialen Milieus*, In: Renate Freericks/Dieter Brinkmann (Hg.) *Handbuch Freizeitsoziologie*, Wiesbaden, S. 143-187.
- Vester, Michael 2015b: *„1968“ im historischen Kontext: Basisdemokratische Bewegungen und linker Reformismus im Wandel der BRD 1949-1989*, In: Michael Thomas/Ulrich Busch (Hg.): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien - Geschichte - Fallstudien*, Berlin, S. 339-379.
- Weber-Menges, Sonja in Zusammenarbeit mit Vester, Michael 2014: *Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung. Zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und insbesondere der Prekarität auf der Datengrundlage des Mikrozensus 1991- 2011*. Bericht zu dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Projekt, Berlin.

⇨ Dr. Max Reinhardt ist Publizist u.a. zur Sozialdemokratie sowie zur politischen Repräsentation von sozialen Milieus und gesellschaftspolitischen Lagern (Wählerinnenmilieus).

⇨ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.